Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Nr. 145/2022
Kiel, 05.10.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Ein LKW-Überholverbot ist überfällig

Zur Forderung des Automobilclubs ADAC nach einem sechsspurigen Ausbau der A7 bis zur dänischen Grenze erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

Seit 25 Jahren fordert der SSW, dass die A7 im nördlichen Landesteil auf sechs Fahrspuren erweitert werden soll. Die Forderung des ADAC ist insofern nicht neu, aber immer noch richtig und wichtig.

Die A7 ist die wichtigste Verkehrsachse von und nach Skandinavien. Und das wird sich auch zukünftig nicht ändern, denn über 60 Prozent der produzierenden Wirtschaft Dänemarks sind entlang der Jütland-Route angesiedelt. Und auch die Norweger werden weiterhin auf die Jütland-Route setzen. Daher dürfte es niemanden überraschen, dass der Schwerlastverkehr immer weiter zunimmt.
Ein sechsspuriger Ausbau des auch für den Wirtschaftsraum Sønderjylland/Schleswig so bedeutenden Nordabschnitts wäre daher nur konsequent, um die Jütland-Route auch für zukünftige Verkehrsströme zu ertüchtigen. Gleichwohl muss man das Ganze auch realistisch betrachten: Im Berliner Verkehrsministerium hat der Norden des Landes traditionell keine Priorität. Der sechsspurige Ausbau wird absehbar nicht kommen. Und deshalb müssen wir andere Maßnahmen ergreifen, um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit auf der A7 zu gewährleisten. Für beides kommt den LKW eine besondere Rolle zu.

Die häufigen „Elefantenrennen“, die wir nördlich der Rader Hochbrücke beobachten, hemmen nicht nur den Verkehrsfluss, sondern führen auch immer wieder zu schweren Unfällen. Ein Blick nach Dänemark zeigt: Das geht auch anders. Hier sorgen zeit- und streckenbezogene LKW-Überholverbote für Sicherheit und einen fließenden Verkehr.

Mit der Jamaika-Koalition war dies zwar nicht zu machen, als die rechtliche Möglichkeit dafür auf Landesebene noch bestand. Mittlerweile ist der Bund ja bekanntlich für die Umsetzung der StVO auf Autobahnen zuständig. Aber man darf ja trotzdem hoffen, dass ein aus Dänemark stammender Landesverkehrsminister hier etwas einsichtiger ist und sich in Berlin für eine Lösung stark macht.